



Die Insignien mögen sich ähneln, doch linke Politik ist vor allem eine Frage lokaler Gegebenheiten. Delhi, 23. Oktober 2023. ANUSHREE FADNAVIS / REUTERS

Die globale Linke ist ein westliches Phantasma

Was als linke Politik gelten kann, ist abhängig vom lokalen Kontext. Die universalistische Rhetorik vieler Progressiven trägt dem zu wenig Rechnung – und schlägt zugleich in partikularistische Losungen um. Gastkommentar von Richard Bourke

Wenn Progressive von «der Linken» reden, schwingt häufig ein gewisser Hochmut mit. Unter dem Deckmantel kosmopolitischer Inklusion verbirgt sich in Wirklichkeit eine besondere Art des Schubladendenkens – über die man sich kaum je Rechenschaft ablegt. Zunächst ist da die implizite geografische Einschränkung. Beruft sich jemand auf den Begriff «die Linke», könnte man berechtigterweise fragen: Wo genau ist diese Linke beheimatet? Meint man die Linke in Ungarn oder in China oder in Russland oder in Afghanistan oder in Indien? Gibt es wirklich «die» Linke oder nicht vielmehr viele Formen der Linken?

Jemand mit libertären Ideen kann in einem autoritären Regime durchaus ein Linker sein. Offensichtlich kommt es auf die Umstände an, was als «links» gilt und was als «rechts» bezeichnet wird. Anhänger der politischen Pole erheben häufig Einspruch gegen diese Relativierung ihrer Positionen; eine Interdependenz wird für gewöhnlich abgestritten. Man ortet im Begriff «die Linke» einen Wesenskern und redet von der langen Tradition einer geistesgeschichtlichen Strömung.

Klar ist, dass die Metapher von links und rechts auf die Sitzordnung in der revolutionären französischen Nationalversammlung zurückgeht. Die Einteilung selbst zwingt allerdings niemanden, die eigene Stellung im Spektrum zu einem Dogma zu machen, auch weil beide Seiten ihre Berechtigung hatten. Darüber hinaus fügen sich die politischen Präferenzen der Gegenwart nur schlecht in dieses antiquierte Schema ein.

War etwa Friedrich Hayek ein «Rechter», wie aktivistische Historiker heute nicht müde werden zu betonen? Mir scheint diese Zuordnung wenig sinnvoll. Der österreichische Ökonom war ein Kritiker des deutschen Nationalismus – sowohl in dessen wirtschaftlichen als auch in den politischen Erscheinungsformen. Stalinismus und Nationalsozialismus betrachtete Hayek als extreme Ausprägungen derselben Weltanschauung – was man durchaus hinterfragen kann. Doch sich selbst bezeichnete Hayek als Liberalen, niemals als Konservativen. Und wer sich in Osteuropa gegen den Kommunismus gestellt hat, mag Hayek als linken Denker verstanden haben.

Wo stand Gandhi?

Es geht hier nicht darum, irgendeine hayeksche Idee zu verteidigen. Vielmehr sei darauf hingewiesen, wie weit verbreitet solche irreführenden Einschätzungen sind. Die Zeiten ändern sich, und mit ihnen ändert sich auch die Bedeutung der politischen Zugehörigkeit. Hayeks Schriften unmittelbar an unserer Gegenwart und ihren Sensibilitäten zu messen, ist wissenschaftlich unredlich. War Winston Churchill in dem Sinne rechts, wie es Margaret Thatcher war? Oder wie nahe stand Liz Truss ideologisch ihrem Vorgänger, Boris Johnson?

Und weiter: Muss man Oliver Cromwell als linken Vorkämpfer verstehen? Wie sieht es bei George Orwell aus? War Mahatma Gandhi links? Ist es Xi Jinping? Waren es Stalin und Erich Honecker? Natürlich kommt es immer darauf an, wen man fragt. Manche Leute würden diese «Linken» in Gruppen der Geistesverwandtschaften sortieren oder in neue Unterkategorien von links und rechts

Obwohl die Linke eine kosmopolitische Weltsicht zu vertreten vorgibt, ist ihr Horizont historisch und geografisch eng begrenzt.

einteilen. Andere würden darauf bestehen, dass sie alle Teil einer einzigen, ehrwürdigen Tradition sind. Mit den historischen Tatsachen wäre das allerdings nicht zu vereinbaren – eine solche Linke müsste als eine Erfindung der Nachwelt betrachtet werden.

Kleine Welt des Vergleichs

Nüchternere Kommentatoren sind nicht angewiesen auf die begriffliche Krücke von links und rechts. Sie beschreiben Prozesse unvoreingenommen und neutral. Zum Beispiel sind Akademiker, zumindest im Prinzip, nicht verpflichtet, sich selbst oder ihr Fachgebiet in einem imaginären Spektrum zu verorten. Ähnliches ist für den Journalismus zu hoffen. Politiker hingegen sind gezwungen, Flagge zu zeigen und an parteipolitische Sensibilitäten zu appellieren.

Es ist zu einer Art Mode geworden, öffentlich seine Position im ideologischen Spektrum kundzutun. Viele Dozenten haben erstaunlicherweise Angst, etwas zu sagen, was irgendwie als «rechts» verstanden werden könnte. Ich halte das für erstaunlich – lehrt die Geschichte doch, wie verworren politische Fragen sein können. Wer Politik betreibt, unterscheidet nicht etwa zwischen eindeutig Gutem und Schlechtem. Die Verhältnisse sind in der Regel ambivalent und die Folgen ungewiss.

Wo nationale Wahlen anstehen, werden die Gegebenheiten vor Ort üblicherweise mit den Verhältnissen anderswo verglichen. Als Massstab werden jedoch ständig Europa und die Vereinigten Staaten angelegt. Wer dann von «der Linken» spricht, begibt sich eher in den Raum lokaler Fragen, als dass er in die Sphären weltgeschichtlicher Problemstellungen aufsteigen würde.

Um es noch einmal zu sagen: Obwohl die Linke eine kosmopolitische Weltsicht zu vertreten vorgibt, ist ihr Horizont historisch und geografisch eng begrenzt. Gegen aussen ist die Rhetorik oft universalistisch, doch es läuft fast immer auf sektiererische Losungen hinaus. Gerade die verbreitete Entschlossenheit, «die Linke» in Beschlag zu nehmen und zu säubern, ist ein Symptom dieses eingegengten Blickfelds.

Richard Bourke ist Professor an der Universität von Cambridge. Eine Version dieses Artikels erschien beim britischen Online-Magazin «Unherd».

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) verbucht im dritten Quartal dieses Jahres einen Verlust von 12 Milliarden Franken. Damit ist der Gewinn für das gesamte 2023 auf 1,6 Milliarden geschmolzen. Dies, nachdem die SNB im letzten Jahr einen Rekordverlust von 132,5 Milliarden Franken verzeichnen musste. Die Verluste sind hauptsächlich durch Abwertungen der Währungsreserven und rückläufige Kurse der Anlagen entstanden. Hinzu kommt, dass die SNB auf ihrer grossen Bilanz Zinsen für die Einlagen der Banken bezahlen muss, um den Leitzins von derzeit 1,75 Prozent am Markt durchsetzen zu können. Zwar fand die Zinswende auch im Ausland statt, aber die Zinserträge auf den Fremdwährungsanlagen steigen nur verzögert.

Bei anderen Notenbanken ist die Situation noch düsterer, so weist die Schwedische Reichsbank nach hohen Verlusten sogar ein negatives Eigenkapital auf. Aufgrund der dortigen gesetzlichen Vorgaben musste sie darum jüngst das Parlament um eine Rekapitalisierung bitten. Ökonomisch wäre dies nicht nötig, denn eine Notenbank kann auch bei negativem Eigenkapital weiterbestehen. Im Gegensatz zu einer privaten Firma hat sie das Monopol, Geld zu drucken. Sie kann also nicht illiquid werden, und eine mögliche moderate Unterdeckung wird also durch den Barwert aus den zukünftigen Einnahmen der Geldschöpfung mehr als ausgeglichen.

Drohender Teufelskreis

Ein negatives Eigenkapital bedroht also nicht unmittelbar die Existenz der Nationalbank, aber sie könnte ihre Aufgaben nicht mehr so leicht erfüllen, denn eine tiefe Eigenkapitalbasis beeinträchtigt ihre Glaubwürdigkeit in zweierlei Hinsicht: Erstens heisst negatives Eigenkapital, dass das herausgegebene Geld im Moment nicht vollständig durch Aktiven der SNB gedeckt ist. Hielte dieser Zustand über längere Zeit an, würden die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik direkt und in einem Teufelskreis

Negatives Eigenkapital und Notenbanken

Ein negatives Eigenkapital bedroht eine Notenbank nicht unmittelbar, schränkt aber ihre Handlungsmöglichkeiten ein und beeinträchtigt ihre Glaubwürdigkeit. Gastkommentar von Reto Föllmi

auch die potenziellen Einnahmen des Notenmonopols beeinträchtigt. Es ist aber auch ein Denkfehler, zu glauben, die Verluste der SNB seien darum kein Problem, weil sie ja auch mit negativem Eigenkapital weiterexistieren könne. Die Gewinne und Verluste der SNB sind sehr wohl volkswirtschaftlich relevant, weil sie das Ausschüttungspotenzial an die öffentliche Hand bestimmen. Wie Bund und Kantone schmerzlich feststellen mussten, werden sie einige Zeit auf Zahlungen der SNB verzichten müssen. Das bedeutet mittelfristig höhere Belastungen für den Steuerzahler oder Einschränkungen bei staatlichen Leistungen. Dies bedroht die innenpolitische Akzeptanz der Geldpolitik, was deren Glaubwürdigkeit aus einem zweiten Grund beeinträchtigt. Bei internationalen Investoren wird dies nicht unbe-

merkt bleiben, dies schmälert die Wirksamkeit beispielsweise von Devisenmarktinterventionen.

Die Entwicklung des Eigenkapitals hängt im Falle der SNB wesentlich von jener der Währungsreserven ab. Letzteres zeigt sich eindrücklich, wenn wir die Leistungsbilanz und die gesamten privaten und staatlichen Nettoauslandsvermögen vergleichen. Jahr für Jahr erwirtschaften Herr und Frau Schweizer einen Leistungsbilanzüberschuss von durchschnittlich etwa 50 Milliarden. Dieser «Sparbatzen» öffnet das Nettoauslandsvermögen, das derzeit rund 750 Milliarden Franken beträgt. Im Jahr 2009, zu Beginn der Euro-Krise, betrug das Nettoauslandsvermögen aber ebenfalls schon 750 Milliarden. Gleichzeitig sind die Kapitalerträge aus diesem Vermögen in diesem Zeitraum

von rund 40 Milliarden auf 10 Milliarden pro Jahr gesunken. Obschon wir also laufend weiter einzahlen und mehr exportieren als importieren, stagnieren die Vermögen. Ein wesentlicher Grund der Stagnation liegt darin, dass die Inflation im Ausland höher ist und sich so Guthaben in Fremdwährung im Trend laufend abwerten.

Währungsreserven reduziert

Die grossen Währungsreserven spielen eine zentrale Rolle für die hohen Guthaben in Fremdwährungen. Zur Abwendung einer zu raschen Frankenaufwertung musste die SNB ausländische Devisen kaufen, deren Bestand Anfang 2022 fast 1000 Milliarden Franken erreichten. Dieser Umstand erhöht nun den Verlusthebel einer Frankenaufwertung. Die SNB kauft Euro oder Dollars zur Schaffung von Franken, die meist von ausländischen Banken gekauft werden. Wertet sich der Franken um 10 Prozent auf, sind unsere Währungsreserven entsprechend weniger wert, aber unsere Schulden in Franken bleiben bestehen, was zu einem Verlust bei der SNB führt.

Geschickterweise hat die SNB die Zinswende und die noch gut laufende internationale Konjunktur genutzt und die Währungsreserven in knapp zwei Jahren von 1000 Milliarden auf 700 Milliarden reduziert. In der nächsten Krise könnte sich der Franken wieder sehr stark aufwerten. Um dies abzuschwächen, kann die SNB die Zinsen senken. Da diese jedoch gegen unten begrenzt sind, werden Devisenkäufe wieder aufs Tapet kommen. Deren Verlustrisiken müssen aber mitberücksichtigt werden, das heisst, allenfalls sollten wir darum eine stärkere Aufwertung zulassen. Um diese Abwägung wird die SNB nolens volens nicht herumkommen, weil sie die Geldpolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen hat.

Reto Föllmi ist Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität St. Gallen.